

Antrag auf Einbürgerung



Lichtbild

- bitte nicht kleben -
- bitte nicht heften -
- bitte benutzen Sie eine **Büroklammer** -

Bitte **ankreuzen** oder **ausfüllen**. Nichtzutreffendes mit „**entfällt**“ oder „**nicht zutreffend**“ kennzeichnen. Sollte der Platz bei einem Aufgabenfeld nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem **gesonderten Beiblatt** fertigen.

Für Minderjährige über 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich.

Für d. Ehegatten(-in) / Lebenspartner(-in) ist ein eigener Antrag erforderlich.

Meine Kontaktdaten (freiwillige Angabe)

Mobil-Nr.	Festnetz-Nr. (tagsüber erreichbar)
E-Mail-Adresse	

Ich beantrage die deutsche Staatsangehörigkeit

1. Antragsteller <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> divers		Vermerke der Behörde				
Familienname	ggf. Geburtsname		Eigennamen			
Vorname			Vatersname / Mittelname			
Geburtsdatum	Geburtsort		Geburtsland			
Anschrift am Ort des dauernden Aufenthaltes (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort) <div style="text-align: right;">Frankfurt a.M.</div>						
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verpartnert <input type="checkbox"/> getrennt lebend			seit (bitte Datum angeben):			
bei Verheirateten: Bestehende Mehrehe? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein						
Datum und Ort der Heirat / Verpartnerung						
Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:		(1.) von bis (2.) von bis				
Aufgelöst durch: (1.) <input type="checkbox"/> Scheidung <input type="checkbox"/> Tod (2.) <input type="checkbox"/> Scheidung <input type="checkbox"/> Tod		Staatsangehörigkeit(en) d. früheren Ehegatten / Lebenspartner(s)				
2. Ehegatte / Lebenspartner						
<input type="checkbox"/> Ehegatte / Lebenspartner(in) auch die Einbürgerung beantragt (Hinweis: Ehegatte / Lebenspartner(in) muss einen eigenen Antrag ausfüllen)						
Angaben nur, wenn <input type="checkbox"/> die Einbürgerung als Ehegatte / Lebenspartner(in) eines/einer Deutschen beantragt wird						
Familienname	ggf. Geburtsname	Eigennamen				
Vorname		Vatersname / Mittelname				
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland				
Staatsangehörigkeit(en)		Deutsche(r) seit (bitte Datum angeben):				
3. Miteinbürgerung von Kindern (Hier sind alle minderjährigen Kinder einzutragen, die miteingebürgert werden sollen)						
3.1	Familienname oder Eigennamen		3.2	Familienname oder Eigennamen		weitere Kinder auf Beiblatt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
	Vorname(n), Vatersname / Mittelname			Vorname(n), Vatersname / Mittelname		
	Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> divers		Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> divers	
	Geburtsort, Geburtsland			Geburtsort, Geburtsland		
	Staatsangehörigkeit(en)			Staatsangehörigkeit(en)		
	Kind lebt im Haushalt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			Kind lebt im Haushalt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		

Nur auszufüllen bei minderjährigen Antragstellern bzw. bei miteinzubürgernden Kindern				Vermerke der Behörde
Das Sorgerecht liegt bei:	<input type="checkbox"/> der Vater (Elternteil 1)	<input type="checkbox"/> der Mutter (Elternteil 2)	<input type="checkbox"/> den Eltern gemeinsam	
Das Sorgerecht beruht auf:	<input type="checkbox"/> Sorgerechtsbeschluss	<input type="checkbox"/> sonstiges:		

4. Status der Antragstellerin / des Antragstellers			
Derzeitige Staatsangehörigkeit(en)		Besonderer Status, z.B. asylberechtigt, ausländischer Flüchtling	
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> nicht belegt	Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> belegt durch:	gültig bis:	
		(Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, usw.)	
Frühere Staatsangehörigkeit(en)		Verlustgrund	
Asylantrag: <input type="checkbox"/> gestellt <input type="checkbox"/> abgelehnt			

5. Aufenthaltszeiten im Ausland und Inland		
Tragen Sie alle Länder ein, in denen Sie gelebt haben: D.h. alle längeren Aufenthalte im Ausland und das Datum Ihrer Einreise nach Deutschland		
von	bis	in (bitte das Land angeben)
Geburt		

(Fortsetzung bitte auf gesondertem Blatt)

6. Aktueller Aufenthaltstitel		
Niederlassungserlaubnis	<input type="checkbox"/> ja	
Aufenthaltsurlaub	<input type="checkbox"/> ja, gemäß §	gültig bis
Andere Aufenthaltstitel/-rechte	<input type="checkbox"/> ja	welche?

7. Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache	
<input type="checkbox"/> ja; belegt durch:	(Zertifikat B1, Abschlusszeugnis einer allgemeinbildenden Schule, usw.)
<input type="checkbox"/> nein; dies kann zur Ablehnung Ihres Antrages führen. Gründe:	

8. Kenntnisse der Rechts- u. Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland	
<input type="checkbox"/> ja; belegt durch:	(Einbürgerungstest, Abschlusszeugnis einer allgemeinbildenden Schule, usw.)
<input type="checkbox"/> nein; dies kann zur Ablehnung Ihres Antrages führen. Gründe:	

9. Eltern der Antragstellerin / des Antragstellers				<input type="checkbox"/> Leibliche Eltern	<input type="checkbox"/> Adoptiveltern
auch von volljährigen Antragstellern auszufüllen	Vater (Elternteil 1)		Mutter (Elternteil 2)		
	Familienname (ggf. auch Geburtsname) oder Eigenname		Familienname (ggf. auch Geburtsname) oder Eigenname		
	Vorname(n), Vatersname / Mittelname		Vorname(n), Vatersname / Mittelname		
	Geburtsdatum	Geburtsort, Geburtsland	Geburtsdatum	Geburtsort, Geburtsland	
	Familienstand des Vaters zum Zeitpunkt Ihrer Geburt <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden		Familienstand der Mutter zum Zeitpunkt Ihrer Geburt <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden		
	Staatsangehörigkeit(en) des Vaters zum Zeitpunkt Ihrer Geburt		Staatsangehörigkeit(en) der Mutter zum Zeitpunkt Ihrer Geburt		

10. Straftaten im Inland und Ausland			Vermerke der Behörde	
Verurteilungen im Inland und Ausland: ➔ <i>Anzugeben sind auch Strafbefehle sowie Verurteilungen, die nicht in einem Führungszeugnis nach dem Bundeszentralregistergesetz aufzunehmen sind.</i>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Datum		Gericht/Behörde
	Tatbestand			Strafmaß
	Wurde im Rahmen eines Urteils ein antisemitischer, rassistischer oder sonstiger menschenverachtender Beweggrund festgestellt?			<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <small>(bitte Kopie des Urteils / der Urteile beifügen)</small>
Anhängige Ermittlungsverfahren im Inland und Ausland:	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Datum	Gericht/Behörde	

(Fortsetzung bitte auf gesondertem Blatt)

11. Wirtschaftliche Verhältnisse			
<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer <input type="checkbox"/> selbständig			
Ausgeübter Beruf:		Datum	
<input type="checkbox"/> unbefristetes Arbeitsverhältnis <input type="checkbox"/> befristetes Arbeitsverhältnis bis:			
Brutto-Einkünfte	Betrag EURO monatlich		
Bezug von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch:	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Leistungsart (z.B. Bürgergeld)	Betrag EURO
Sonstige Leistungen:	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Leistungsart (z.B. BAföG, Wohngeld)	Betrag EURO
Haben Sie Kinder? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: Wie viele Kinder? Alter der Kinder?			
Haben Sie Familienangehörige, denen Sie zum Unterhalt verpflichtet sind (z.B. Kinder / geschiedener Ehegatte)? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
Name		Betrag EURO	
Wenn ja, wem und in welcher Höhe?		Betrag EURO	
Nur zu beantworten, wenn keine eigenen Einkünfte vorhanden sind			
Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche (z.B. Eltern / Ehegatte / geschiedener Ehegatte)		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, durch:	Name
		Anschrift	
Einkünfte d. Unterhaltspflichtigen		<input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag EURO

12. Sonstiges		
Als Antragsteller(in) versichere ich, dass ein Antrag auf Einbürgerung		
<input type="checkbox"/> bisher noch nicht gestellt wurde.		
Datum		Behörde
<input type="checkbox"/> bereits gestellt wurde:		
Aktenzeichen	Antrag wurde wie folgt beschieden	

13. Nur bei minderjährigen Antragstellern auszufüllen:	
Vor- und Familienname des Vaters (Elternteil 1)	
Vor- und Familienname der Mutter (Elternteil 2)	
Ehe der Eltern besteht noch:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, aufgrund von: <input type="checkbox"/> Scheidung <input type="checkbox"/> Tod eines Elternteils
Die Vertretungsbefugnis liegt bei:	<input type="checkbox"/> Eltern <input type="checkbox"/> Vater <input type="checkbox"/> Mutter <input type="checkbox"/> sonstige:
und begründet sich auf: <input type="checkbox"/> Sorgerecht <small>(bitte Beleg beifügen)</small> <input type="checkbox"/> gerichtliche Anordnung	

Unterschriften

Unterschrift der Einbürgerungsbewerberin / des Einbürgerungsbewerbers

Frankfurt a.M., _____

(bitte datieren und unterschreiben)

Ich / Wir beantrage(n)

die Einbürgerung des unter Nr. 1 genannten Kindes

die Miteinbürgerung des / der unter Nr. 3 genannten Kindes / Kinder

Unterschrift(en) der gesetzlichen Vertreterin / des
gesetzlichen Vertreters / der gesetzlichen Vertreter vor
Vollendung des 16. Lebensjahres des Kindes / der Kinder

Frankfurt a.M., _____

(Vater / Elternteil 1)

(Mutter / Elternteil 2)

(bitte datieren und unterschreiben)

Behörde

(Nur von der Behörde auszufüllen!)

Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen.

Stadt Frankfurt am Main
Der Magistrat
- Standesamt -

Frankfurt a.M., den

Im Auftrag

Vorabinformation zur (eventuellen) Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit

Das aktuell gültige deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz sieht nicht vor, dass die bisherige Staatsangehörigkeit vor dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung aufgegeben oder der Verlust herbeigeführt wird.

Es ist den deutschen Behörden jedoch nicht immer bekannt, ob Sie nach dem Staatsangehörigkeitsrecht Ihres Heimatstaates Ihre bisherige Staatsangehörigkeit durch Antragserwerb der deutschen Staatsangehörigkeit evtl. automatisch verlieren.

Wenn Sie Ihre bisherige Staatsangehörigkeit auf jeden Fall beibehalten möchten, setzen Sie sich bitte vor der Antragstellung auf Einbürgerung in die deutsche Staatsangehörigkeit mit der für Sie zuständigen Auslandsvertretung in der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung.

Dort können Sie in Erfahrung bringen, ob Sie Ihre bisherige Staatsangehörigkeit bei Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verlieren bzw. ob es möglich ist, Schritte einzuleiten, um Ihre bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten zu können (z. B. Beibehaltungsgenehmigung).

Darüber hinaus – unabhängig von der eventuellen Hinnahme von Mehrstaatigkeit oder einem automatischen Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit – besteht für Staatsangehörige von verschiedenen Ländern eine Mitteilungs- oder Registrierungspflicht ihrem Heimatstaat gegenüber, wenn eine andere Staatsangehörigkeit auf Antrag hin erworben wird. Eine Verletzung dieser Pflichten kann negative Folgen nach sich ziehen. Bitte setzen Sie sich allein schon aus diesem Grund mit Ihrem Heimatstaat in Verbindung und klären Sie Ihre staatsbürgerlichen Pflichten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Einbürgerungsbehörde

Erklärung zum Einbürgerungsantrag

Familiename, Vorname

Geburtstag, Geburtsort

1. Ich bin über die allgemeinen Voraussetzungen der Einbürgerung informiert worden.
2. Über meine Verpflichtung zur Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren bin ich ebenfalls unterrichtet worden. Die für die Bearbeitung meines Antrags erforderlichen Angaben werden von mir vollständig gemacht und mit geeigneten Nachweisen belegt. Dazu gehören insbesondere die Loyalitätserklärung und die Offenbarung von Verurteilungen wegen Straftaten und über strafrechtliche Ermittlungsverfahren im In- und Ausland. Soweit bei ggf. vorliegenden Verurteilungen im Rahmen des Urteils
 - antisemitische,
 - rassistische,
 - oder sonstige menschenverachtende

Beweggründe festgestellt wurden, habe ich dies im Antrag angegeben. Die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben und der zu ihrem Nachweis beigefügten Unterlagen wird von mir ausdrücklich versichert. Ich werde die mir zurückgegebenen Originalunterlagen bis zum Abschluss des Verfahrens aufbewahren. **Sämtliche Änderungen in meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die sich im Laufe des Einbürgerungsverfahrens ergeben und jede Änderung meiner Adresse werde ich unverzüglich schriftlich mitteilen.**

3. Mir ist bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Verwenden von falschen oder verfälschten Unterlagen zur Ablehnung des Einbürgerungsantrages und zur strafrechtlichen Verfolgung führen können. Mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen (§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz). Sofern dies erst später entdeckt werden sollte, kann dies zur Rücknahme der Einbürgerung führen.
4. Mir ist auch bekannt, dass für die Bearbeitung meines Einbürgerungsantrags Kosten erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr beträgt derzeit 255,- € pro Person; werden minderjährige Kinder mit einem sorgeberechtigten Elternteil eingebürgert, beträgt die Einbürgerungsgebühr pro Kind 51,- €; ob eine Gebührenermäßigung in Betracht kommt, kann auf Antrag geprüft werden. Auch die Ablehnung oder Rücknahme des Antrags ist grundsätzlich kostenpflichtig. Die Verwaltungsgebühr wird mit Beginn der Bearbeitung des Antrages bei der Einbürgerungsbehörde (d.h. beim Regierungspräsidium Darmstadt) fällig.

Frankfurt am Main, _____
(Datum)

(Unterschrift)

Informationsblatt gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Da das Regierungspräsidium Darmstadt als Staatsangehörigkeitsbehörde in Einbürgerungsverfahren personenbezogene Daten bei betroffenen Personen oder auch anderen Personen erhebt, besteht eine diesbezügliche Informationspflicht nach Art. 13 und Art. 14 DS-GVO, der mit diesem Informationsblatt nachgekommen wird.

Verantwortlichkeit:

Verantwortlicher der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist das Regierungspräsidium Darmstadt. Sie erreichen das Regierungspräsidium Darmstadt wie folgt: Luisenplatz 2, 64283 Darmstadt E-Mail: Poststelle@rpda.hessen.de / datenschutzbeauftragte@rpda.hessen.de, Tel.: 06151-120.

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Die Staatsangehörigkeitsbehörde verarbeitet personenbezogene Daten zwecks Bearbeitung von Einbürgerungsverfahren (§§ 8 ff Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)) und somit zur Erfüllung ihrer staatsangehörigkeitsrechtlichen Aufgaben nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Behörden in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten. Die §§ 31, 32 Abs. 1, 33 Abs. 3 und 5, 36 und 37 Abs. 2 StAG und § 73 Aufenthaltsverordnung (AufenthV) enthalten spezifische Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Staatsangehörigkeitsbehörden.

Die Verarbeitung ist für die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung bzw. für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die dem Verantwortlichen übertragen wurde und die im öffentlichen Interesse liegt (Art. 6 Abs. 1 lit c) und e) DS-GVO).

Empfänger, Quellen und Kategorien der Daten:

Soweit dies zur Bearbeitung des Verfahrens erforderlich ist, übermittelt die Staatsangehörigkeitsbehörde Ihre personenbezogenen Daten an andere öffentliche Stellen.

Hierzu gehört im Regelfall die Weitergabe an die zuständige Ausländerbehörde, das Hessische Landeskriminalamt, das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz (bei Antragstellern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben) und das Bundesamt für Justiz - Bundeszentralregister - (bei Antragstellern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben) zwecks Einholung von Auskünften.

Im Einzelfall werden, soweit dies zur Bearbeitung des Antrags oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich ist, auch Auskünfte bei anderen zuständigen Behörden und Gerichten eingeholt.

Bei den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden werden Auskünfte über anhängige Ermittlungsverfahren und sonstige strafrechtliche Erkenntnisse, über verfassungsfeindliche oder extremistische Betätigungen eingeholt. Bei den Ausländerbehörden werden insbesondere Auskünfte über das Vorliegen von aufenthaltsrechtlichen Ausweisungsgründen eingeholt. Darüber hinaus werden Angaben zu Dauer und Rechtsgrundlagen Ihres Inlandaufenthaltes erhoben. Sofern es zur Sachverhaltsermittlung erforderlich ist, kann die Ausländerakte eingesehen werden.

Im Einzelfall werden, soweit dies zur Bearbeitung des Antrags oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich ist, auch weitere Auskünfte, wie z.B. über Wohnungsanmeldungen, zur Geschäftsfähigkeit oder gesetzlichen Vertretung, zu Strafverfahren und Eintragungen im Schuldnerverzeichnis, zu den wirtschaftlichen Verhältnissen bei den zuständigen Behörden und Gerichten eingeholt.

Sollten zur Antragsbearbeitung Auskünfte der Agentur für Arbeit bzw. der für die Leistungsgewährung zuständigen kommunalen Träger, der Sozialbehörden oder anderer Stellen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen erforderlich sein, werden Sie um eine besondere Einverständniserklärung gebeten; dies gilt auch in den Fällen, in denen im Zusammenhang mit einer erforderlichen Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit Kontakt mit der zuständigen Auslandsvertretung aufgenommen werden soll. Sie können die Einwilligung auch verweigern; eine abschließende Prüfung Ihres Einbürgerungsantrags ist dann allerdings nicht möglich.

Speicherdauer und –fristen:

Die für die Durchführung des Einbürgerungsverfahrens erhobenen personenbezogenen Daten werden gespeichert und fünfzehn Jahre aufbewahrt (Ziffer 8.5 der Verwaltungsvorschrift über das Einbürgerungsverfahren). Mit Ende der Aufbewahrungsfrist wird ein zur dauerhaften Aufbewahrung bestimmtes Datenblatt mit den wichtigsten Daten erzeugt. In Papierform geführte Akten sind dauerhaft aufzubewahren (Ziffer 8.7 der Verwaltungsvorschrift über das Einbürgerungsverfahren).

Ihre Rechte:

Nach Art. 15 DS-GVO können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen. Nach Art. 16 DS-GVO haben Sie das Recht auf Berichtigung. Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO haben Sie das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Ein Recht auf Löschung kommt allerdings nicht in Betracht, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist bzw. zur Wahrnehmung einer Aufgabe dient, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, Art. 17 Abs. 3 lit. b) DS-GVO. Art. 18 Abs. 1 DS-GVO gewährt unter den dort aufgeführten Voraussetzungen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung.

Das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO besteht nach § 35 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz nicht, soweit eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verpflichtet.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt, haben Sie das Recht auf Beschwerde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO bei der Aufsichtsbehörde, dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden. Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass datenschutzrechtliche Vorschriften bei der Verarbeitung Ihrer Daten nicht beachtet worden sind.

Datenschutzbeauftragte/r:

Die/den Datenschutzbeauftragte/n des Regierungspräsidiums Darmstadt erreichen Sie unter der oben genannten Anschrift, zu Hd. der/s Datenschutzbeauftragte/n des Regierungspräsidiums Darmstadt oder per E-Mail: Poststelle@rpda.hessen.de / datenschutzbeauftragte@rpda.hessen.de

Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus

Familiennamc, Vorname

Geburtstag, Geburtsort

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr!

Mit der Beantragung Ihrer Einbürgerung streben Sie an, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Das deutsche Volk, zu dem Sie dann gehören, hat sich zur Festlegung der gemeinsamen Werte und seiner staatlichen Ordnung eine Verfassung – das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – gegeben, die über allen anderen Rechtsnormen steht und von allen Deutschen als unverbrüchlich anzuerkennen ist.

- Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangt daher als Voraussetzung für jede **Einbürgerung ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes**, deren grundlegende Prinzipien unter **Nummer 1** erläutert sind. Das Bekenntnis wird von Ihnen vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde zusammen mit der feierlichen Erklärung, dass Sie das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werden, was ihr schaden könnte, verlangt. Sie können das Bekenntnis auch schon mit dem Einbürgerungsantrag abgeben; die feierliche Form des Bekenntnisses wird dann vor der Aushändigung der Urkunde abgegeben.
- Weiter müssen Sie erklären, **dass Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen und unterstützen**; sofern Sie das früher getan haben, müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich inzwischen von derartigen Bestrebungen **abgewandt** haben. Erläuterungen zur so genannten „**Loyalitätserklärung**“ finden Sie unter **Nummer 2**.
- Schließlich müssen Sie **feierlich erklären, dass Sie das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten** und alles unterlassen, was ihr schaden könnte. Das feierliche Bekenntnis ist unter **Nummer 3** erklärt.

Informationen über das Grundgesetz und die freiheitlich demokratische Grundordnung gehören mit zu den Kenntnissen über die Rechts- und Gesellschaftsordnung unseres Landes, über die deutsche Staatsangehörige grundsätzlich verfügen sollen. Das Merkblatt fasst die wichtigsten Gesichtspunkte zusammen, die Ihnen gegenwärtig sein sollten, wenn Sie die genannten Erklärungen abgeben.

1. Die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die im Grundgesetz verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung ist die Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Ihren Ausgangspunkt findet sie in der Würde des Menschen als der obersten Wertentscheidung des Grundgesetzes und sie beschreibt eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die freiheitlich demokratische Grundordnung ist eine rechtsstaatliche Ordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit, die den Schutz der Menschenwürde, der Freiheit und Gleichheit als oberste Ziele anerkennt.

Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen:

1.1 Demokratie und Volkssouveränität

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird durch Abstimmungen, allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen und durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der Rechtssprechung (Gerichte) und Verwaltung (Behörden) ausgeübt.

1.2 Rechtsstaatlichkeit

Die Parlamente sind an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, Gerichte und Behörden an Recht und Gesetz.

1.3 Recht auf eine parlamentarische Opposition

Die in den Parlamenten vertretenen Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind, stellen die Opposition dar; sie bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren.

1.4 Verantwortlichkeit und Ablösbarkeit der Regierung

Die Regierung ist dem Parlament für ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig und verantwortlich; die kann durch das Parlament abgelöst werden.

1.5 Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richterinnen und Richter sind nur dem Gesetz und ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet.

1.6 Ausschluss der Gewalt- und Willkürherrschaft

Gewalt und Willkür sind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fremd. Dort, wo ausnahmsweise Gewalt angewendet werden muss, ist dies durch ausdrückliche gesetzliche Regelungen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips angeordnet und staatlichen Organen vorbehalten.

1.7 Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz und der Verfassung des Landes Hessen konkretisiert sind

Die Achtung der Menschenrechte ist ein Stützpfeiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dazu gehört vor allem das Recht der Persönlichkeit auf Leben und Entfaltung und die Anerkennung der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen sind mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland unvereinbar und verstoßen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes.

2. Loyalitätserklärung: Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Sie müssen wahrheitsgemäß erklären, dass Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder dies früher getan haben; andernfalls müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich von diesen Bestrebungen abgewandt haben.

2.1 Schutz vor extremistischen Bestrebungen

Bestrebungen sind politisch bestimmte Verhaltensweisen, die auf ein bestimmtes Ziel, wie etwa die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind. Einbürgerungsschädlich ist die Verfolgung oder Unterstützung von Bestrebungen gegen folgende besonders geschützte Rechtsgüter:

- **Freiheitliche demokratische Grundordnung**
Mit Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind Ziele und Aktivitäten gemeint, die den Kern der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland beschädigen oder die Verfassung insgesamt beseitigen wollen. Dies schließt auch Handlungen ein, die antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtende Ziele verfolgen, die mit der vom Grundgesetz garantierten Würde und Gleichheit aller Menschen unvereinbar sind.
- **Bestand oder Sicherheit des Bundes oder eines Landes**
Aktivitäten gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die staatliche Einheit beseitigt werden oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abgetrennt werden soll.
- **Sicherheit des Bundes oder eines Landes**
Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die Funktionsfähigkeit des Bundes oder eines Landes beeinträchtigt werden soll.
- **Schutz der Amtsführung der Verfassungsorgane oder ihrer Mitglieder**
Bestrebungen, die die Nötigung von Verfassungsorganen, z.B. des Bundespräsidenten, zum Ziel haben, fallen unter die Fallgruppe des Schutzes der Amtsführung der Verfassungsorgane.

- **Gefährdung der auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland**

Die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland sind berührt, wenn von deutschem Boden aus Bestrebungen ausgehen, die mit Gewalt in die inneren Belange eines anderen Staates eingreifen. Dadurch kann das friedliche Zusammenleben der Bundesrepublik mit einem anderen Staat oder das Verhältnis zu dessen Regierung beeinträchtigt werden. Die Gewalt muss nicht unbedingt in Deutschland stattfinden, es können hier auch nur die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden. Aufrufe zur Gewalt sind ebenso wie die Beschaffung finanzieller Mittel oder Güter, die einer militanten Organisation dienen, extremistische Bestrebungen.

2.2 Merkmale extremistischer Bestrebungen

Extremistische Bestrebungen finden sich besonders in folgenden Erscheinungsformen:

- **Ausländerextremismus**

Das Spektrum ausländerextremistischer Organisationen in Deutschland umfasst linksextremistische, nationalistische, separatistische und islamistische Bestrebungen. **Linksextremisten** wollen in ihrem Heimatland die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen und sie durch einen sozialistisch-kommunistischen Staat ersetzen. Die ideologischen Grundgedanken der Linksextremisten beruhen auf dem Marxismus-Leninismus sowie teilweise auf dem Maoismus. **Nationalisten** besitzen ein übersteigertes Nationalgefühl gegenüber anderen Völkern, auf die sie mit Geringschätzung und Verachtung herabsehen und sie in entsprechender Weise beschimpfen. Für Nationalisten ergibt sich der Wert eines Menschen nur aus der Zugehörigkeit zu der eigenen, angeblich allen anderen Völkern überlegenen Nation. **Separatisten** streben nach der Loslösung und Unabhängigkeit ihrer Volksgruppe von dem Staat ihrer Heimat. **Islamisten** missbrauchen die Religion des Islam gegenüber Angehörigen des eigenen Glaubens und gegenüber Anderen, die sie als „Ungläubige“ bezeichnen (besonders Juden, Christen usw.). Islamisten sind der Ansicht, dass ihr Verständnis des Islam und von Staat und Gesellschaft das allein richtige ist. Islamisten wollen, dass sämtliche Bereiche des Lebens ausnahmslos von den Regeln der islamischen Religion beherrscht werden. Sie verneinen die gesetzlich vorgeschriebene Trennung von Staat und Religion in Deutschland. Manche Islamisten wollen die absolute Vorherrschaft der Religion mit Gewalt und Terror durchsetzen und sind bereit, für die Verwirklichung dieses Zieles Menschen zu töten.

- **Rechtsextremismus**

Rechtsextremisten gehen von einer „biologischen“ Ungleichheit der Menschen aus. Sie teilen Menschen u.a. nach ihrem Aussehen, ihrem Geschlecht, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihrer Zugehörigkeit zu einem Volk bzw. zu einer „Rasse“ (Hautfarbe) in verschiedene Gruppen ein. Diesen Gruppen sprechen Rechtsextremisten unterschiedliche Wertigkeiten zu und verneinen die für alle Menschen gültigen Menschenrechte. Besonders charakteristisch für Rechtsextremisten sind:

- Übersteigertes Nationalismus gegenüber anderen Staaten und Völkern
- Feindlichkeiten bis hin zu Hass gegenüber Ausländern und Minderheiten
- Judenfeindlichkeit (Antisemitismus)
- Das Fehlen von Toleranz gegenüber Fremden oder Andersdenkenden, was in Hass und Gewalt gegen andere Menschen umschlagen kann.
- Anstelle der freiheitlichen Demokratie in Deutschland wollen Rechtsextremisten die Diktatur einiger weniger Personen oder eines „Führers“ errichten.

- **Linksextremismus**

Linksextremisten versuchen, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, in der es in Wirtschaft und Industrie keinen Privatbesitz mehr gibt. **Kommunisten** und manche **Sozialisten** streben die Machtübernahme der „Arbeiterklasse“ im Staat an, indem sie andere „Klassen“ der Gesellschaft bekämpfen und unterdrücken. Die Übernahme der Macht wollen Kommunisten in der Regel durch einen gewalttätigen Aufstand (Revolution) erzwingen. **Anarchisten** lehnen im Unterschied zu den Kommunisten jede feste Form der Macht, d.h. staatliche Strukturen, ab. **Autonome** wollen „herrschaftsfreie Räume“ schaffen. Den Staat und seine Vertreter wollen sie mit Gewalt zerschlagen bzw. bekämpfen.

2.3 Verfolgung oder Unterstützung von Bestrebungen

Unterstützung oder Verfolgung von Bestrebungen ist auf vielfältige Weise möglich. Grundsätzlich gehört jede Aktivität dazu, die für die Bestrebung und ihre Ziele objektiv nützlich ist.

Danach kommen insbesondere in Betracht:

- Funktionärstätigkeit in einer Organisation, die extremistische Bestrebungen verfolgt;
- aktive Mitgliedschaft in einer Organisation, die entsprechende Bestrebungen verfolgt;
- Vorstandstätigkeit in einer Organisation, die von einer Organisation gesteuert wird, die entsprechende Bestrebungen verfolgt;
- eigene Handlungen außerhalb von Organisationen, mit denen Bestrebungen nach Nr. 2.2 verfolgt werden.

Unter einer „Organisation“ ist jeder Personenzusammenschluss zu verstehen. Es muss sich weder um einen Verein im Rechtssinne, noch um eine förmliche Mitgliedschaft handeln. Auch ein religiöser Zusammenschluss (z.B. Moschee-„Verein“) kann eine Organisation darstellen. „Eigene Handlungen“ können z.B. die Teilnahme an Demonstrationen oder Spenden (auch Spendensammlungen) zugunsten der genannten Organisation darstellen.

2.4 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Eine Abwendung liegt vor, wenn frühere Bestrebungen nicht mehr verfolgt werden; es muss glaubhaft gemacht werden, dass dies auf einer Änderung der inneren Einstellung beruht. Die Abwendung setzt daher zunächst voraus, dass die Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen eingeräumt und nicht bestritten werden. Des Weiteren ist ein individueller Lernprozess darzutun, der dem Verzicht auf frühere Bestrebungen vorauszugehen hat. Der bloße Austritt aus einem Verein reicht in der Regel nicht aus, insbesondere dann nicht, wenn er in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Einbürgerungsbegehren steht.

2.5 Unterzeichnung der Loyalitätserklärung

- Sofern Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 2.1**.
- Haben Sie extremistische Bestrebungen früher verfolgt oder unterstützt, sich inzwischen aber abgewendet, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 2.2** und machen Sie Angaben, aus denen Ihre Abwendung ersichtlich wird.
- Sind Sie im Zweifel, ob bestimmte Aktivitäten, die Sie verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, als Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen anzusehen sind, geben Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 2.3** ab und machen Sie die dort erbetenen Angaben.

Bitte bemühen Sie sich in ihrem eigenen Interesse um eine sorgfältige und wahrheitsgemäße Abgabe der erforderlichen Erklärung. Vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben führen zu einer Ablehnung Ihres Antrags; bei bereits vollzogenen Einbürgerungen wird die Rücknahme geprüft. Außerdem sind vorsätzliche unrichtige oder unvollständige Angaben mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht.

3. Feierliches Bekenntnis

Vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde muss regelmäßig das folgende feierliche Bekenntnis abgegeben werden:

„Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte.“

Dieses in die Zukunft gerichtete Versprechen setzt voraus, dass Sie der Bedeutung und Tragweite des feierlichen Bekenntnisses bewusst sind; auch dem will dieses Merkblatt dienen.

4. Fragen

Fragen richten Sie bitte vertrauensvoll an Ihre Stadtverwaltung, die Ihren Einbürgerungsantrag entgegennimmt.

Erklärung zur Aushändigung des Merkblattes

Das *Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus* ist mir ausgehändigt worden.

Frankfurt am Main, _____
(Datum)

(Unterschrift)

Erklärung zum Verständnis des Merkblattes

¹⁾ Ich habe dazu **keine** Fragen.

Frankfurt am Main, _____
(Datum)

(Unterschrift)

¹⁾ Ich **habe Fragen** und bitte um ein Gespräch.

Frankfurt am Main, _____
(Datum)

(Unterschrift)

¹⁾ bitte zutreffendes ankreuzen

Loyalitätserklärung, Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen

Familiename, Vorname

Geburtstag, Geburtsort

1. Inhalt und Bedeutung der Loyalitätserklärung

1.1 Keine Einbürgerung bei extremistischen Bestrebungen!

Wer extremistische Bestrebungen selbst verfolgt oder derartige Aktivitäten Anderer unterstützt, kann nicht eingebürgert werden. Dies gilt auch, wenn die Verfolgung oder Unterstützung zeitlich zurückliegt, es sei denn, es kann eine Abwendung von der Bestrebung glaubhaft gemacht werden. Eine kurze Erläuterung der extremistischen Bestrebungen findet sich in dem beigefügten **Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus**.

1.2 Bedeutung der Loyalitätserklärung

Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen dient der Ermittlung des Sachverhalts, der der Bearbeitung meines Einbürgerungsantrags zugrunde gelegt wird. Ich bin verpflichtet, wahrheitsgemäße und vollständige Angaben zu machen; sie werden gegebenenfalls dem Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt. Falls ich mich in einer Art und Weise betätigt haben sollte, bei der ich nicht sicher bin, ob ich damit extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, teile ich dies ebenfalls mit und kennzeichne die Information als zweifelhaft.

Mir ist bekannt, dass vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung meines Antrags, für den Fall einer bereits vollzogenen Einbürgerung zur Prüfung einer Rücknahme meiner Einbürgerung führen werden und dass sie darüber hinaus mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht sind. Ich habe daher meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen mit äußerster Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorbereitet und gebe sie in diesem Sinne ab.

1.3 Erklärung

Den Inhalt und die Bedeutung der Erklärung zu extremistischen Bestrebungen einschließlich des Merkblatts habe ich verstanden. Ich gebe auf dieser Grundlage die folgende Erklärung ab; für mich trifft die Variante zu,

1.3.1 ¹⁾ dass ich **keine** extremistischen Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe (**weiter mit Nr. 2.1**)

1.3.2 ¹⁾ dass ich früher derartige Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, mich aber **inzwischen abgewandt** habe (**weiter mit Nr. 2.2**)

1.3.3 ¹⁾ dass ich **Zweifel** habe, ob ich extremistische Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe (**weiter mit Nr. 2.3**)

¹⁾ bitte zutreffendes ankreuzen

2. Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen

2.1 Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 1.3.1)

1. Ich bekenne mich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:
 - a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 - b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft
 - g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
 - h) dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.
2. Ich bekenne mich außerdem:
 - a) zur besonderen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie
 - b) zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.
3. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
 - a) gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben oder
 - c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Frankfurt am Main, _____
(Datum)

(Unterschrift)

Bitte nur zutreffende Erklärung datieren und unterschreiben.

2.2 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 1.3.2)

1. Ich erkläre, dass ich vom bis extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe. Es handelt sich dabei um folgende Aktivitäten:

..... Fortsetzung auf gesondertem Blatt

Ich erkläre weiter, dass ich mich hiervon seit gelöst habe; zur Glaubhaftmachung meiner Abwendung gebe ich Folgendes an und überreiche dazu folgende Belege:

..... Fortsetzung auf gesondertem Blatt

2. Ich bekenne mich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:
- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 - die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft
 - die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
 - dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.
3. Ich bekenne mich außerdem:
- zur besonderen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie
 - zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.
4. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
- gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben oder
 - durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Frankfurt am Main, _____ (Datum) _____ (Unterschrift)

Bitte nur zutreffende Erklärung datieren und unterschreiben.

2.3 Zweifel an der Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 1.3.3)

Ich habe folgende Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder unterstütze sie noch immer, bei denen ich nicht sicher bin, ob es sich um extremistische Bestrebungen handelt:

..... Fortsetzung auf gesondertem Blatt

Ich erkläre, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Frankfurt am Main, _____ (Datum) _____ (Unterschrift)

Bitte nur zutreffende Erklärung datieren und unterschreiben.